

„Es ist geradezu ein Tabu, das anzusprechen“

Welt, 25.06.2024, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/wissenschaft/plus252176506/Energiewende-Neue-Denkfabrik-Republik21-macht-sich-fuer-eine-andere-Klimapolitik-stark.html>

Eine neue Denkfabrik will die geplante Energiewende und die Klimapolitik aufmischen. Zwei Gründungsmitglieder versprechen im WELT-Interview realistische und kostengünstige Lösungen – die allerdings auf Gegenwehr stoßen, weil sie den Einfluss von Politikern verringern würden.

Ein „einfaches und effizientes System“, das die Treibhausgas-Emissionen systematisch senken kann, verspricht die neue Denkfabrik „Republik21“. Am Donnerstag lädt sie zur Klimakonferenz nach Berlin. Die beiden Gründungsmitglieder Joachim Weimann und Martin Wiesmann erläutern im Gespräch mit WELT, wie die Energiewende doch noch gelingen könnte.

WELT: Herr Weimann, Herr Wiesmann, es gibt Dutzende Denkfabriken und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Energiewende beschäftigen, warum widmet sich auch „Republik21“ dem Thema und hat einen eigenen Expertenrat gegründet?

Joachim Weimann: Weil unsere Positionen bislang von keiner der Organisationen vertreten werden, übrigens auch nicht von politischen Parteien.

WELT: Ist ihr Anliegen denn so abseitig?

Martin Wiesmann: Ganz im Gegenteil, es geht um die Energieversorgung Deutschlands und wie sie klimafreundlich umgestellt werden könnte. Die entscheidenden Fragen werden dabei nicht gestellt.

WELT: Welche meinen Sie?

Wiesmann: Wie lässt sich die Energiewende realistisch umsetzen und eine sinnvolle Klimapolitik betreiben?

WELT: Ist das nicht der Fokus aller Energiewende-Denkfabriken?

Weimann: Den Unterschied machen die Wörter „realistisch“ und „sinnvoll“. Der Plan für die deutsche Energiewende ist unrealistisch, was ja mittlerweile immer deutlicher wird durch die Macht des Faktischen: Es ist kein Geld mehr da für immer mehr Subventionen in letztlich nutzlose Klimaprojekte und der politische Druck steigt wegen hoher Energiekosten und abwandernder Industrie. Aber die Klimapolitik ist nicht nur teuer, sondern auch ineffektiv: Die CO₂-Emissionen, die Deutschland einspart, werden durch den Emissionshandel in andere EU-Länder verlagert. Weltweit steigen die CO₂-Emissionen stetig weiter und die globale Erwärmung wird nicht gebremst. Die Denkfabriken in Deutschland jedoch stellen das deutsche Konzept nicht infrage – im Gegenteil: Sie treiben die Energiewende voran. Wir hingegen wollen neue Wege aufzeigen.

WELT: Ein wohlhabendes Land wie Deutschland müsse nun mal vorangehen im Kampf gegen den Klimawandel, heißt es – stimmt das nicht?

Wiesmann: Wenn es wenigstens etwas bringen würde gegen die globale Erwärmung, aber die sogenannte Vorreiterrolle bewirkt nichts, andere Länder werden nicht einfach folgen.

Weimann: Richtig, Studien zeigen, dass sie vielmehr die Freifahrerposition einnehmen, die es ihnen erlaubt, die von Energiewende-Staaten nicht genutzte fossile Energie billiger zu kaufen. Die globale Erwärmung ist ein spieltheoretisches Problem, man muss Anreize schaffen, dass immer mehr Staaten mitmachen. Deutschlands Energiewende bewirkt eher das Gegenteil.

WELT: Lässt sich das so schwer vermitteln?

Weimann: Es ist geradezu ein Tabu, das anzusprechen. Mir hat zum Beispiel ein renommierter Ökonomie-Professor erzählt, dass sich eine Mitarbeiterin von ihm weigerte, eine einfache Befragung von Studienteilnehmern durchzuführen, weil sie eine Frage nach dem Nutzen der Vorreiterrolle Deutschlands enthielt. Die Frage war ihr politisch zu heikel, denn sie rüttelte an der grundsätzlichen Rechtfertigung für Deutschlands teure Energiewende, der Vorreiterrolle eben. Auch Wissenschaftler wollen bei dem Thema auf keinen Fall anecken, es ist politisch allzu brisant.

WELT: Was auch erklärt, warum es bislang keine Denkfabrik gibt, die neue Wege aufzeigt?

Wiesmann: Als wir neulich unsere Agenda für die Klimakonferenz in Berlin veröffentlichten, bekamen wir einen Shitstorm, weil es das Wort „Technologie-Offenheit“ enthielt. Dabei ist Technologie-Offenheit eigentlich auch für die Energiewende nach aktuellem Konzept fundamental wichtig.

WELT: Warum?

Wiesmann: Zum Beispiel ist völlig unklar, wie grüner Wasserstoff in großen Mengen zu erschwinglichen Preisen bereitgestellt werden soll, der in 20 Jahren Deutschlands wesentliche Energiequelle für industrielle Anwendungen sein soll. Auch das Wasserstoff-Kernnetz kommt nicht voran. Für Realismus einzutreten ist die dringende Aufforderung, über Alternativen nachzudenken.

WELT: Der Bundesverband der Chemischen Industrie hat berechnen lassen, dass allein der Stromverbrauch für die Energiewende eingeplante Menge Wasserstoff für ihre Branche mehr als der gesamte Stromverbrauch Deutschlands betragen würde, und das zu unkalkulierbarem Preis. Ist das realistisch?

Weimann: Absolut. Ein Chemie-Unternehmer hat neulich Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärt, dass es durchaus möglich sei, sein Chemie-Werk mit Wasserstoff zu betreiben – es bräuchte dafür nur ein halbes Kernkraftwerk, das den Wasserstoff verlässlich erzeugen könnte. Aber die deutsche Energiewende soll ja ohne Kernkraft auskommen.

WELT: Die Bundesregierung plant ja sogar, den Energieverbrauch Deutschlands in den nächsten 20 Jahren zu halbieren, so steht es jedenfalls im Energieeffizienzgesetz. Was halten Sie davon?

Wiesmann: Der Wunsch nach weniger Energie ist gleichbedeutend mit der Aussicht auf weniger Wohlstand, denn Energieverbrauch und Wohlstand sind korreliert. Und wenn man sieht, dass zum Beispiel Künstliche Intelligenz als der große Produktivitätstreiber der Zukunft gesehen wird, erscheint das deutsche Konzept noch fragwürdiger, denn Künstliche Intelligenz braucht besonders viel Strom.

WELT: Eignet sich denn wirklich gar nichts aus der deutschen Energiewende als Vorbild?

Weimann: Doch, der Europäische Emissionshandel. Er sollte das Grundgerüst der Energiewende werden und ausgebaut werden auf alle Sektoren der Wirtschaft.

WELT: Können Sie den Emissionshandel prägnant erklären?

Weimann: Die Europäer legen eine Obergrenze für den Ausstoß von Treibhausgasen fest, die allmählich sinkt, wodurch die Emissionen in Europa zurückgehen, das ist ein harter staatlicher Eingriff. Wer Emissionen nicht vermeiden kann, muss Zertifikate erwerben, die zur Emission von CO₂ berechtigen. Der Handel mit den Zertifikaten führt dazu, dass Emissionen dort eingespart werden, wo die Einsparung besonders leichtfällt und die Vermeidung von Emissionen zu geringen Kosten möglich ist. Jeder Akteur wird sich überlegen, was günstiger ist: den Preis für ein Zertifikat zu bezahlen oder auf die Emission einer Tonne CO₂ zu verzichten.

WELT: Gegner sprechen von einem Ablasshandel, was erwidern Sie?

Wiesmann: Das ist polemischer Unsinn, es geht bei der Bepreisung von CO₂-Emissionen nicht darum, sich von Sünden freizukaufen, sondern um effektive Einsparungen. Der Preis der Zertifikate liefert vielmehr ein Wissen, das Politiker und Wissenschaftler nicht haben können, nämlich die Information, wie hoch die CO₂-Vermeidungskosten sind. Fällt es leicht, CO₂-Emissionen zu vermeiden, dann ist das Ergebnis ein niedriger Preis, weil die Nachfrage nach Zertifikaten gering ist. Mit dem CO₂-Preis bekommen alle einen Anreiz, ihren CO₂-Fußabdruck zu reduzieren. Emissionszertifikate sind ein Lenkungsinstrument, die damit erlösten Einnahmen sind nicht entscheidend. Und der Handel zeigt Erfolge: Die Emissionen der vom Emissionshandel erfassten Sektoren in der EU sind seit 2005 um mehr als 40 Prozent gesunken.

WELT: Die Treibhausgasemissionen der EU sanken seither aber lediglich um knapp ein Viertel. Was läuft schief?

Weimann: In den Emissionshandel sind nur gut ein Drittel der Emissionen integriert, wichtige Branchen und Sektoren fehlen. Würde man Verkehr und Wärmemarkt einbeziehen, müssten die Großhändler von Mineralölprodukten Emissionsrechte erwerben, die Preise würden entsprechend steigen und die Bürger müssten ihr Verhalten anpassen.

WELT: Aber sie sagten doch, hohe Kosten würden die Akzeptanz der Energiewende gefährden. Wie passt das zusammen?

Wiesmann: Die Belastungen durch den EU-Emissionshandel wären weitaus geringer als jene durch staatliche Abgaben. Die deutsche Energiewende versteckt ihre Kosten ja vor allem im Staatshaushalt, und sie richtet sich mehr nach staatlichen Vorgaben als nach marktwirtschaftlichen Preisen. Das Kriterium der Kosteneffizienz spielt etwa bei der Förderung von erneuerbaren Energien oder der Elektromobilität kaum eine Rolle. Der Emissionshandel ist trotz weitaus geringerer Kosten wirksam, weil die CO₂-Menge gedeckelt ist und stetig kleiner wird. Das System ist bestechend einfach und effizient.

WELT: Warum setzt es sich dann nicht durch?

Weimann: Der Emissionshandel würde die Notwendigkeit für staatliche Regulierungen minimieren, also den Einfluss von Politikern reduzieren, die nicht mehr mit demonstrativer Tatkraft das Klima retten könnten. Das kommt dem Bürger teuer zu stehen. Es ist erstaunlich, dass die Gesellschaft so moralisch aufgeheizt über Klimaschutzmaßnahmen diskutiert, obwohl es ein einfaches und effizientes System gibt, die Emissionen zu senken.

WELT: Aber der Emissionshandel senkt nur in Europa die Emissionen, was die globale Erwärmung nicht nennenswert bremst. Was tun?

Weimann: Dem Klima ist es egal, wo die Emissionen vermieden werden, deshalb brauchen wir gute Klimadiplomatie, welche den Emissionshandel auszuweiten hilft. Das kann zum Beispiel gelingen, wenn zunächst CO₂-Abgaben an der europäischen Grenze erhoben werden für Länder, die nicht am Emissionshandel beteiligt sind. Für sie könnte es bald reizvoll sein, die Abgaben durch Beteiligung am Emissionshandel zu vermeiden.

WELT: Was macht Ihnen Hoffnung, dass sich solche ökonomischen Prinzipien in Deutschland erfolgreich vermitteln lassen? Eine Studie hat doch gerade gezeigt, dass Schulbücher hierzulande staatlich gelenkte Wirtschaft als Ideal beschreiben, den freien Markt als problematisch. Große Medien zeichnen ein ähnliches Bild. Ist es nicht hoffnungslos?

Wiesmann: Wir hegen Hoffnung und finden ja deshalb, dass es unsere Denkfabrik braucht. Es wäre großartig, wenn gerade junge Leute von uns inspiriert würden. Wir wären auch bereit, Material für Schulen bereitzustellen.

WELT: Wer finanziert die „Republik21“?

Wiesmann: Im Gegensatz zu anderen Denkfabriken erhalten wir keinerlei staatliche Förderung. Wir finanzieren uns über viele private Spender und mehr als 3000 Fördermitglieder. Das geht auch, weil die Initiatoren die Denkfabrik ehrenamtlich aufgebaut haben.